

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Brahestraße, Neubau. Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied laßst Du ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 3 Spalt. Petitzeile im Arbeitsmarkt 5000 Mk. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt frei. Geschäftsanzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Die neue Regierung und die Wirtschaftspolitik.

Selten hat eine Regierung unter so ungünstigen Umständen ihr Amt angetreten, wie die jetzt im Reich gebildete große Koalition. Es ist hier nicht am Platze, die politischen Voraussetzungen und Folgewirkungen dieser Kabinettsbildung zu betrachten. Man kann jedoch nicht an den finanz- und wirtschaftspolitischen Gründen vorbeigehen, die bei dieser Kabinettsbildung entscheidend gewesen sind und die sich noch lange in der Wirtschaftspolitik des Reiches werden auswirken müssen. Das Kabinett Stresemann ist die erste republikanische Regierung mit einem sozialdemokratischen Finanzminister. Das verleiht ihr ein besonderes Gepräge. Das ist zugleich grundlegend für das Arbeitsprogramm der Regierung. Es genügt nicht, daß man im Hinblick auf den katastrophalen Marktsturz Steuererlasse geschaffen hat, welche sich grundtätlich von der bisherigen Finanzpolitik entfernen, und welche empfindliche Eingriffe in die Vermögenszustand des deutschen Volkes bedeuten. Es muß vielmehr auch dafür gesorgt werden, daß diese Gesetze nicht wieder von den Besitzenden sabotiert werden, daß vielmehr der Geist und der Gehalt der aus höchster Not des Volkes entstandenen Steuern unter allen Umständen auch gegen kleinliche Buchstabenauslegungen durchgesetzt werden. Wie notwendig das ist, erkennt man daraus, daß dieselben Deutschnationalen, welche den Steuererlassen im Reichstagsauschuß zugestimmt haben, der Regierung Opposition antindigen, also gewillt sind, ihr alle Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Man wird sich hier auf starke Widerstände gefaßt machen müssen.

Doppelt groß ist daher die Verantwortung, welche die Arbeitererschaft mit der Entsendung ihrer Vertreter in das neue Kabinett übernommen hat. Man wird lernen müssen, daß die Teilnahme an einer Regierungskoalition noch längst nicht die Erfüllung aller Wünsche auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik bedeutet. Man wird sich vergegenwärtigen müssen, daß Deutschland unter dem Reparationsstrick und unter der Ruhrbesetzung noch lange Jahre zu leiden haben wird, und daß die praktische Arbeit oft mehr darauf gerichtet sein muß, drohende Gefahren abzuwenden, als positive Erfolge im Sinne des Sozialismus zu zeitigen. Nicht unwesentlich sind die Erfolge, welche die Sozialdemokratie gerade auf diesem Gebiete bereits dadurch errungen hat, daß sie jetzt leider viel zu spät eine Umgestaltung der Steuererhebung herbeiführte. Die **Go-Marksteuer**, welche die Landwirtschaft zu tragen hat, und die **Zehntsummensteuer** der Industrie sind tatsächlich eine Belastung der Sachwerte, wie sie bisher noch nicht erfolgt ist, und die sich von einer unmittelbaren Beteiligung des Reiches am Ertrag der Produktion mehr der Form als dem Inhalt nach unterscheidet. Denkt man daran, daß jetzt eine Goldanleihe aufgelegt wird, deren Zinsen- und Tilgungsdienst aus Zuschlägen zur Vermögenssteuer gedeckt wird, denkt man ferner daran, daß es schon durch den moralischen Druck gelungen ist, Industrie Banken und Handel zur Herausgabe erheblicher Depotsbeträge für die Lebensmittelfuhr zu veranlassen und daß die allgemeine Anpassung derjenigen Steuern, welche bisher für den Besitz eine große, mit der Geldentwertung ständig flieckende Kreditquelle waren, an den Marktstand im besten Gange ist, so kann man nicht leugnen, daß neue, rascher zum Ziele führende Wege der Finanzpolitik beschritten worden sind.

Gewiß sind das erst Anfänge. Aber schon diese Anfänge zeigen den Beginn einer Neuorientierung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, zu der sich ein bürgerliches Kabinett aus eigener Initiative nicht aufschwingen könnte. Jetzt geht es um das Ganze. Die deutsche Wirtschaft muß sich rasch oder durch einige Stappen zur Goldwährung zurückwenden, muß Schutz machen mit den Mißbräuden, die sich in der Zeit der Geldentwertung eingestellt haben: mit der Diktatur der Kartelle, mit der Uebersteigerung der Preise in Industrie und Landwirtschaft; sie muß die Stärkung des inneren Marktes, also eine höhere Entlohnung der Arbeitskraft anstreben muß ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt auch dann aufrechterhalten wenn stabile Geldverhältnisse die bisher so reichen Valutagewinne unmöglich machen. Der Schlüssel zu diesem wirtschaftlichen Problem liegt aber auf dem Gebiete der **Finanz- und Währungs politik**. Hier ist von der Regierung Euno so gut wie alles vernachlässigt worden, bis zu dem Zeitpunkt, wo der Dollar über die Millionengrenze hinauswuchs. Erst dann, als den bürgerlichen Parteien die Gefahr der Katastrophe dämmerte, hat man sich zu Maßnahmen entschlossen, welche Aussicht auf Erfolg versprechen.

So ist eine neue **Stützaktion der Mark** in die Wege geleitet worden. Der Dollar, welcher vorher täglich um 50 bis 100 Proz. stieg, blieb mit einem Male stehen, ging sogar auf 3 Millionen zurück, nachdem er im freien Verkehr früher schon mit 6 Millionen bezahlt worden war. Der Mann, der auf den Warenmärkten lag, solange die Devisenkursnot erungen immer weiter in die Höhe gingen, begann sich zu lösen. Getreide- und Metallpreise sanken, ja in Hamburg soll sogar ein Importhaus in Zahlungsschwierigkeiten geraten sein. Jedenfalls ist der Feuerung durch die Valuta wieder einmal eine obere Grenze gesetzt, die Wirtschaft hat eine Atempause gewonnen, um sich von den Folgen der Dollarhaupe der vergangenen Woche zu erholen. Die innere Konsolidierung der Wirtschaft konnte in Angriff genommen werden, weil der lähmende Druck der Markverschlechterung gewichen war.

Am **Effekten**, z. B. sind die Wirkungen der Markbesserung und der Steuerpolitik bereits empfindlich spürbar geworden. Die Woche begann mit einer ausgeprochenen lauen Börse, die nicht nur dadurch herbeigeführt war, daß man bei einer Besserung der Mark eine Verminderung der künstlich hochgetriebenen Aktienkurse erwarten mußte, sondern auch dadurch, daß die Geldknappheit und die bevorstehenden großen Steuerzahlungen manchen Spekulanten zwingen, sein Material abzustoßen. So wie die Dinge zur Stunde liegen, ist damit zu rechnen, daß diese Bewegung noch weiter um sich greifen wird. Auch die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Unternehmer bei einer Besserung der Mark wieder versuchen werden, die Folgen dieser für die ganze Volkswirtschaft erwünschten Entwicklung auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, indem sie mit **Betriebsstillegungen** drohen, weil die Preise bei einer Besserung

der Mark überhöht sind und das Betriebskapital infolge der Steuererhöhungen geschwächt ist. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, sich von derlei Manövern irreführen zu lassen. Die Aktiengesellschaften, ebenso wie die Landwirtschaft, die ihre Hypotheken mit einem entwerteten Gelde zurückgezahlt haben, verfügen über ungeheure **Kreditreserven**, die vor dem Kriege angehäuft waren und in den letzten Jahren nicht ausgenutzt worden sind. Daß sie nicht ausgenutzt wurden, daran trug traglos die Desorganisation des gesamten Kreditwesens infolge der Entwertung der Mark mit die Schuld. Jetzt aber beginnt eine neue Ära der Kreditpolitik, deren Anfänge bereits ein Jahr zurückliegen. Schon seit einem Jahre nimmt man nämlich Anleihen nach dem Marktwert, nach anderen Sachwerten oder nach dem Goldwert auf. Wenn die Goldanleihe des Reiches untergebracht ist, wenn vor allem auch die sozialdemokratischen Forderungen nach einer Umgestaltung des Kreditwesens Erfüllung gefunden haben, dann besteht nicht die geringste Schwierigkeit mehr, daß die wirklich leistungsstarken Firmen zur Bekämpfung ihres Betriebskapitals ihre Goldwerte mit Goldanleihen belasten. Freilich wird es den Unternehmern unangenehm sein, darauf verzichten zu müssen, die Anleihegewinne die ihnen bisher mit den Papiermarktkrediten der Reichsbank nur so zuströmten auszunutzen. Aber eine Wirtschaft, die sich nur auf Inflationsgewinne aufbaut, ist innerlich krank und muß schließlich dazu kommen, daß sie ihre Arbeiter nur gegen Hungerlöhne beschäftigen kann. Darum muß sie bereit sein, darum muß die industrielle Kalkulation auf einen neuen festen Boden gestellt werden. Wenn zwischen durch aber Arbeitererscheinungen zu beobachten sein werden, so ist es Aufgabe des Reiches und der gewerkschaftlichen Organisationen, alle Kraft anzubieten, um diese Arbeitererscheinungen zu mildern. Es geht aber auf keinen Fall dadurch, daß man in die Inflationswirtschaft zurückfällt. Dessen muß sich die Arbeitererschaft bewußt werden, wenn sie falschen Parolen der Arbeitgeber mit dem nötigen Nachdruck entgegen treten will.

An die Postabonnenten!

Der Verlag ersuchte in der Nr. 28 vom 14. Juli die Postabonnenten, für das 2. und 3. Vierteljahr den Abonnementspreis durch 2000 Mk. Nachzahlung auszugleichen. Dieser Aufforderung sind nur wenige Bezahler nachgekommen. Inzwischen sind die Herstellungs-kosten für Zeitungsnr. so erheblich gestiegen, daß wir uns gezwungen sehen, für die Monate August, September eine Nachzahlung von 80 000 Mk. zu verlangen. Der Betrag wolle umgehend mit der beiliegenden Zahlkarte auf das Postcheckkonto **Wilhelm Herden, Charlottenburg, Postfachamt Berlin, Nr. 9308** eingezahlt werden. Verlag „Die Ameise“.

Was wir fordern müssen.

Dem Verlangen der hungernden Arbeitermassen nach höherer Bezahlung muß von den Unternehmern immer mehr Rechnung getragen werden. Bei den Tarifabschlüssen der vergangenen Woche, in denen Stundenlöhne bis zu 350 000 Mk. festgelegt wurden, bewegten sich diese auf $\frac{1}{10}$ Dollar = 42 Goldpfennige. Mit solchen Stundenlöhnen wurden vor 1914 noch eine erhebliche Anzahl Arbeiter abgepflegt. Sie sind mit ihren jetzigen Tarifen also an ihrem Friedenslohn und werden nicht zufrieden sein können, denn die Löhne stehen noch in einem großen Mißverhältnis zu den Preisen.

Wir dürfen deshalb bei unseren Forderungen nicht, wie es vielfach noch aus Unkenntnis geschieht, unzulängliche Friedensgoldlöhne fordern, sondern die Wertbeständigkeit der Löhne im Verhältnis zu den Preisen. Wir müssen wieder dahin kommen, daß ein Durchschnittsarbeiter in einer Stunde wieder soviel verdient, wie er für 1 Pfund Fleisch, einen 4 Pfundlaib Brot, 20 Pfund Kartoffeln, $\frac{1}{2}$ Pfund Butter usw. ausgeben muß, dann kommen die Arbeiterhaushalte wieder ins Reine. Wenn dabei die Goldmark wieder ein Vermächtnis wird, ist es gut; aber sich jetzt an die ebenfalls unbeständige Goldmark halten, bringt uns nicht ans Ziel.

Wie groß die Preisunterschiede in Deutschland zu den Waren und zu fremden Währungen sind, mögen einige Beispiele belegen. Die Kartoffeln (frühe) sind nach den Berechnungen der Statistischen Abteilung des Magistrats Berlin um 85 227 Prozent, der Dollar im gleichen Zeitraum nur um 14 953 Proz. Die Kartoffeln wurden demnach sechsmal teurer als das höchste ausländische Zahlungsmittel, der Dollar.

Am 14. August kostete die englische Kohle ab Hamburg 20 625 000 Mk. die Tscheche, weisfährische Kohle 23 Millionen Mark. Dabei sind schon wieder weitere Verteuerungen der deutschen Kohle eingetreten.

Das Roggenmehl sank in den ersten Tagen der Woche vom 12. bis 18. August von 18 Mill. Mk auf $8\frac{1}{2}$ Mill. Mk im Preis. Den Weizenhandlungen und Bäckern fiel es aber nicht ein, ebenfalls die Preise sofort nach unten — wie sie es beim Steigen des Mehles nach oben gemacht hatten — zu setzen. Auf einmal spielte der Wiederbeschaffungspreis keine Rolle mehr.

In ähnlicher Weise haben auch andere deutsche Inlandsprodukte den Weltmarktpreis überschritten und damit die Löhne der Arbeiter und Angestellten bedeutend herabgemindert.

Unser Kampf als Organisation muß also darauf bedacht sein, daß wir unsere gegenwärtige Lage dadurch verbessern, für einen Lohn zu kämpfen, der es uns ermöglicht, soviel Ware zu kaufen, wie wir zum Leben brauchen. Gegenwärtig ist das nicht der Fall. Zum Leben gehört auch, daß wir uns neben nahrhaftem Essen Kleider, Schuhe, Hemden kaufen und andere Bedürfnisse bestreiten können.

Kollegen und Kolleginnen! Unser aller Zusammenstehen im Verband ist notwendig, sonst erreichen wir nichts. Wenn auch noch so viele auf die Organisation schimpfen, ohne sie kann ja gar kein Kampf geführt werden.

Wie wird der Lohnaufschlag berechnet?

Um den Mitgliedern des Verbandes Aufschluß zu geben, welche Einzelheiten bei der Lohnberechnung in Frage kommen, seien angeführt:

Der Lohn eines über 21 Jahre alten Zeitlohnarbeiters nach der Lohnstafel in Erstklasse A vom 30. Juli bis 5. August betrug 45 861 Mk.

Der Lebenshaltungsindex stieg vom 6. bis 12. August um 109,2 Proz. Die um $\frac{1}{4}$ der Differenz zwischen Lebenshaltungs- und Großhandelsindex in Höhe von 41 Proz., gleich 10,25 wurden zusammengezogen, auf 120 Proz. abgerundet und auf den Lohn (effektiv) der Woche vom 6. bis 12. August angewendet. Er erhöhte sich damit auf 100 901 Mk. Wäre nur die Steigerung für den Lebenshaltungsindex (109,2 Proz.) zur Berechnung gekommen, so hätte der Lohn nur 95 850 Mk. betragen.

In der Woche vom 13. bis 19. August steigerte sich der Lebenshaltungsindex um 192 Proz. Dazu kam noch die Differenz zwischen Lebenshaltungs- und Großhandelsindex von 40,78 Prozent, ein Viertel davon gleich 10,2, gleich insgesamt 202,2 Prozent Aufschlag. Die 202 Proz. (abgerundet) werden jedoch nicht auf den die vorhergegangene Woche um den Vorbeugungsfaktor erhöhten Effektivlohn geschlagen, sondern auf den ohne Vorbeugungsfaktor, so daß nur 95 956 + 202 Proz. = 289 486 Mark berechnet wurden. Daraus ist ersichtlich, daß also nicht nur 192 Proz., wie die Steigerung des Lebenshaltungsindex anzeigte, sondern 202 Proz. Lohnaufschlag herauskommt. Sie treten nur nicht bei der Effektivlohnberechnung in Erscheinung. Bei dieser Berechnung kommen die um den Vorbeugungsfaktor erhöhten 100 901 Mk. \times 137 Proz. in Anwendung, was einem Stundenlohn von 289 585 Mk. entspricht. Hierbei muß erwähnt werden, daß bei Anwendung des Vorbeugungsfaktors jedesmal der vorhergehende in Abzug gebracht wird.

Die Berechnung läßt sich auch noch anders darstellen: Grundlohn = 100; Lohn vom 6. bis 12. August beträgt dann: 100 + 109,2 Proz. Lebenshaltungssteigerung + 10,25 Proz. Vorbeugungsfaktor = 120 Proz.

In der Woche vom 13. bis 19. August 100 (Grundlohn) + 110 Proz. (nach oben abgerundete Steigerung der Lebenshaltungskosten für die Woche vom 6. bis 12. August) + 192 Prozent (Woche vom 13. bis 19. August) + 10 Proz. Vorbeugungsfaktor.

Oder: 100 + 109,2 = 209,2 Punkte für die Woche vom 6. bis 12. August, ohne Vorbeugungsfaktor + 202,4 Proz. = 422,68 Punkte, insgesamt 631,78 Punkte.

Die reine Steigerung der Lebenshaltungskosten betrug in der 1. Woche 209,2, erhalten 220, in der 2. Woche 611,28, erhalten 631,78 Punkte.

Wertbeständige Löhne?

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen streben durch ihre Organisationen nach wertbeständigen Löhnen. Über alle Veruche sind zweifellos, wenn es nicht gelingt, die Grundlage auf die Friedenslöhne aufzubauen. Diese Grundlage muß gefunden werden, denn die Fabrikanten und Händler schlagen ihre Prozente auch auf die Friedenspreise. Was diesen recht ist, muß auch für die Arbeiter gelten. Wenn der Staat erlaubt, den Wiederbeschaffungspreis als Grundlage für die Verkaufspreise anzuwenden, so hat er auch die Pflicht, die Löhne und Gehälter denen der Friedenszeit anzupassen.

Welche Unterschiede jedoch bestehen, möge aus einem Beispiel zu ersehen sein: In der Erstklasse 1 mit 14 Proz. Befähigungslage wurden für ein Stück Stapelflorett 2880, in Breslau ohne Befähigungslage 3050 und in Ith in Gruppen 2790 Mk. bezahlt. Nach dem zurzeit geltenden Dollarkurs sind das Stücklöhne von 6—7 Goldpfennigen, die manchmal bis auf 3 Pf., ja sogar auf einen halben Pfennig sanken. Da die Konkurrenz in Friedenszeiten stärker war als jetzt, so läßt sich er messen, wie groß die Gewinne der Unternehmer sein müssen, die für ein Stück feinerer eine Mark bezahlten. Die Befähigung der Prozedente führt noch dahin, daß wir, wenn das Mühlen nicht bezahlt wird, nur noch im Stundenlohn arbeiten werden. Dann wird sich der Stücklohn schon anders gestalten.

Auch zur Lehrlingsfrage muß von der Kollegenchaft Stellung genommen werden, sonst werden nur Wünsche großgezogen. Es geht nicht an, daß, wie bei Handwerklern, die ausgebildeten im Beruf nicht beschäftigt werden können, als Gelehrer angelehrt werden. Finden sie in ihrem Beruf wieder Arbeit, so wird eben wieder gearbeitet. Das sind unhaltbare Zustände. Die Lehrlingsfrage muß unbedingt im Manteltarif geregelt werden, gerade so gut wie in anderen Berufen. An den Kollagen liegt es jetzt, an den Vorstand mit Vorschlägen heranzutreten, denn wir haben in dieser Sache vieles veräumt. An die Unternehmer aber ergreift die Mahnung, recht bald mit der Not der Arbeiter Eintracht zu haben; denn gehen wir zugrunde, so werden wir nicht allein untergehen. Zahlstelle Westf. Schmitz.

Die deutsche Arbeiterin in Industrie und Handel.

Anfang 1922 waren 2,7 Millionen Frauen tarifvertraglich erfaßt. Davon entfielen je $\frac{1}{4}$ Million auf die Landwirtschaft und das Spinn- und Webstoffgewerbe, etwa 300 000 auf die Metallindustrie und über 200 000 auf das Bekleidungs-gewerbe, sowie das Nahrungsgewerbe und Genußmittelgewerbe. Fast völlig schieden die Frauen aus im Bergbau, in der Industrie der Steine und Erze, sowie im Bankgewerbe. In der Industrie steht die Frau an erster Stelle in der Textilindustrie, sowie in der Metallindustrie. Der Grundlag des Leistungslohnes, also des gleichen Lohnes für Mann und Frau, ist in der Textilindustrie so gut wie gar nicht durchgeführt, im großen Umfang dagegen in der Metallindustrie. Am ungünstigsten gestellt sind die Frauen im Gastwirtschaftsgewerbe, trotz ihrer zahlenmäßigen Bedeutung in demselben. In der Angestelltenbewegung hat die Frauencourage stets eine große Rolle gespielt, nur in wenigen Tarifverträgen ist aber bis jetzt eine geldliche Gleichstellung der männlichen und weiblichen Arbeitstrait erreicht. In der vor schiedensten Weise haben die Gewerkschaften einen weitgehenden

Schutz der Frauenarbeit in den Tarifverträgen durchzuführen...
Schutz der Frauenarbeit in den Tarifverträgen durchzuführen...
Schutz der Frauenarbeit in den Tarifverträgen durchzuführen...

Von der Keramikindustrie.

Der Multiplikator wurde vom Verband deutscher Porzellan-
geschirrfabriken mit Wirkung ab 9. August um 15.000 auf
30.000 erhöht. Der Satz entspricht einem 600.000fachen Friedens-
preis. Die Vereinigten Hochspannungs-Porzellanwerke und
der Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken haben
die Multiplikatoren ab 13. August wie folgt festgelegt: für Hoch-
spannungs-Freileitungsisolatoren 0.032, für Hochspannungs-
Zinnenraum-Isolatoren 0.031, für Hochspannungs-Hänge-
Isolatoren 0.030, für Niederspannungs-Installation-Material
0.022, für Niederspannungs-Montage-Material und technisches
Material 0.031, für Kleiderverschleiß 0.023.

Herbstmesse. Vom 27. August bis zum 1. September wird
in Leipzig die Herbstmesse abgehalten. 130.000 Aussteller werden
schätzungsweise vertreten sein. Im Messhauses „Podmos“ kommen
diesmal auch Porzellanmessen zur Ausstellung.

Aus unserem Beruf.

Fraureuth. Infolge außertariflicher Forderungen (aufge-
stellt von der Arbeiterkammer des Wirtschaftsgebiets Weiden) hat
Herr Generaldirektor Singer die Belegschaft der Porzellan-
fabrik Fraureuth ausgesperrt. Zugang ist jetzt zu halten.

Meiningen. In der Porzellanfabrik Meiningen haben die
Kollegen um die von der Preis-Kommissionen festgelegte Preise
einen Extratransport zu führen, weil die Betriebsleitung
Mängel vornehmen läßt. Das Arbeiten in diesem Betrieb
wird dadurch so mandem Kollegen — auch infolge Zuträger-
tätigkeit — vereitelt. Die nach Meiningen angereisten Kol-
legen tun deshalb gut, sich vorher bei der Bahnhofsverwaltung
nach den Umständen zu erkundigen.

Rehan. Die Bahnhofsverwaltung Rehan ersucht die Kol-
legen, die bei der Firma J. Scherzer & Co. beschäftigt sind, in
Arbeit zu treten, sich vorher bei der Verwaltung zu erkundigen.

Wittenberg. Die gesamte Arbeiterkammer der beiden Witten-
berger Steingutfabriken trat am 16. August wegen Lohnfor-
derungen geschlossen in den Streik. Die Gründe zu diesem Streik
sind in der großen Differenz zwischen unseren Tariflöhnen und
den Löhnen der chemischen Industrie zu suchen. Es be-
trug zum Beispiel in der Woche vom 6. bis 12. August die
Löhne der chemischen Industrie für Hilfsarbeiter 194.000 Mk.,
für Facharbeiter 210.000 Mk., während demgegenüber die Löhne
der Unlerigen nur 90.898 Mk. betrugen. 97.867 Mk. Höchstlohn be-
trug. Unsere Forderung für die Woche vom 6. bis 12.
August, einen Ausgleich zwischen den Löhnen der chemischen In-
dustrie und den unserigen als Wirtschaftshilfe zu gewähren,
und uns laufend in der Höhe der Löhne der chemischen Industrie
zu entlohnen, wurde von der Betriebsleitung abgelehnt mit
der Begründung, zur Zahlung des Gehörten nicht im-
stande zu sein. Da die Verdienste der chemischen Industrie
für die hiesige Lebenshaltung preisbildend sind, ist es den
Keramarbeitern nicht mehr möglich, für die Hungerlöhne, die
der Tarif bietet, zu arbeiten. Wir appellieren an das Solidaritäts-
gefühl der Kollegen. Zugang nach Wittenberg ist fern zu
halten.

Die Verwaltung der Bahnhofsverwaltung Wittenberg.
Vereinigte Staaten von Amerika. Wir berichteten bereits
über den Streik der organisierten Keramarbeiter des „Sanitary
Standing Committee“, der bereits am 1. November des vorigen
Jahres zum Ausbruch kam. Wir erhalten nun neuerdings
Mitteilung, daß dieser Streik nach achtmonatlicher Dauer mit
einer Niederlage der Arbeiter geendet hat. Die Situation
für die Arbeiter, die im Streik standen, ist eine ungemein
schwere, da dieselben viele Opfer fordern, die keinen Ar-
beitsplatz mehr bekommen werden. Die Unternehmer weigern
sich, die Streikbrecher zu entlassen, mit deren Hilfe der Kampf
zununehmen der Arbeiter entschieden wurde. Das Verhältnis
der Arbeiter in den Fabriken in Trenton war in den letzten
Streikwochen ein derartiges, daß mehr Streikbrecher beschäftigt
waren, als vor dem Streik gelehrte Facharbeiter im Betriebe
standen. Es wurde das Gleisverfahren eingerichtet und nun
alles geordnet, was möglich ist, weshalb wohl viele Arbeiter
überläufig werden. Es besteht nun nach dem Kampfe kein
einziges Verbot noch sonstige Vereinbarung mit einer Firma.
Eine einzige Firma ist dabei, welche die Streikbrecher entließ
und die alten Arbeiter wieder einstellte. Der Streik war ein
recht umfangreicher, da in Trenton das Zentrum der Sanitary
Industrie ist, mit etwa 17 Fabriken. Das Ziel der Unter-
nehmer war, die Organisation zu sprengen, um „Open Shop“
(freie Hand) zu bekommen und ist ihnen dies nach dem für die
Arbeiter verlorenen Kampf wohl gelungen. Auch die Arbeiter
der Glasindustrie standen im Streik, doch wurde dieser bald
wieder abgebrochen, und nur die „Sanitary Branch“ führte den
Kampf weiter. Nach dem Ausgange des Kampfes dürfte es
wahrscheinlich noch zum Bruch zwischen den Arbeitern der Sanitary
und der Glasindustrie kommen, so daß die Verhältnisse für
die Arbeiter recht schlechte sind. Wir warnen alle Fach-
arbeiter, sich dorthin zu wenden!

So berichtet unser Bruderorgan der Tischschloßwarte, „Der
Keramarbeiter“, in seiner Nr. 17.

Berichtungsberichte.

Hahrend. Die Bahnhofsversammlung vom 6. August er-
hebt scharfen Protest gegen das am 2. August 1923 abgeschlossene
Lohnabkommen. Die Grundlöhne sind viel zu niedrig, so daß
der Index den Ausgleich der Löhne gegenüber der Feuerung
nicht bringen kann. Im übrigen ist die Verhandlung
den Forderungen der Bahnhofsverwaltung entgegen, an der
Punkt 2. Die Verhandlung ist der Ansicht, daß, wenn man
etwas abkämpft, etwas Besseres dafür haben muß, um es hin-
setzen zu können. Auch erhebt die Bahnhofsverwaltung den Hauptvorwand,
bei der kommenden Manteltarifverhandlung unfähig festzu-
halten, daß die Jugendlichen und Lehrlinge in den Tarif mit ein-
bezogen werden.

Kahla. Die Bahnhofsversammlung vom 15. August war
überfüllt. Stellung wurde genommen zu dem letzten Lohnab-
kommen. Alle Redner, die sich im Rahmen der Sachlichkeit be-
wegten, gaben zu erkennen, daß das Lohnabkommen mit Wert-
beständigkeit gegenüber den vorhergegangenen einen Fortschritt
in der Lohnpolitik bedeutet, daß es jedoch als das Ideal und das
Ergebn der Lohnpolitik nicht angesehen werden kann; vielmehr
sei mit aller Fähigkeit an der Forderung der Entlohnung nach
Arbeitsleistung festzuhalten. Der Vorstand wird beauftragt,
seine Haupttätigkeit in der Verhandlung auf die Erreichung
bisheriger Ziele zu konzentrieren; insbesondere muß der Verbands-
vorstand in den Sitzungen des Ausschusses des VDBS sich an-

gelegen sein lassen, nach dieser Richtung hin nachdrücklich zu
wirken, weil nicht ein einzelner Beruf bzw. eine Industrie oder
ein Gewerbe allein zur Entlohnung nach Goldwährung kommen
kann, sondern dieselbe allgemein erstrebt und durchgeführt werden
muß. Die Bahnhofsverwaltung erkennt in dem Weg der Schwerig-
keiten, die diesem Streben hindernd in den Weg treten; aber die
Schwierigkeiten sind nicht so groß, als daß sie nicht überwunden
werden könnten. Es wird allerdings harter und schwerer Kampfe
bedürfen. Besprochen wurde ferner die Entscheidung des Ober-
schiedsamtes in Sachen Firma Doensch, Lettin, Urlaub für Lehr-
linge betr. Die Bahnhofsverwaltung schließt sich einstimmig der Auf-
fassung des Geschäftsführers, Kollegen Meinhart, an, daß diese
Entscheidung aus völliger Verkennung des Sinnes des Reichs-
tarifvertrages geboten und rechtlich unhaltbar ist. Weltfremd-
heit oder Unkenntnis oder auch beides gemeinsam müssen bei der
fraglichen Sitzung des Oberschiedsamtes Räte gestanden haben.
Unter solchen Verhältnissen kann die Bahnhofsverwaltung dem Ober-
schiedsamte kein Vertrauen entgegenbringen. Bessere Ausfüh-
rungen des Vorsitzenden und Geschäftsführers über pflicht-
gemäßes Beitragszahlen und über Bestimmungen des Statuts
hinsichtlich der Unterstützung bzw. deren Berechnung bildeten
den Schluß der teilweise stürmisch verlaufenen Versammlung.
Für zwei aus Planitzhammer durchreisende Kollegen wurden
2.200.000 Mk. gesammelt.

Mitterteich. Die Bahnhofsversammlung am 8. August eine von
zirka 400 Mitgliedern besuchte Versammlung ab, in der Ge-
schäftsführer über wertbeständige Löhne referierte. Nach kurzer
Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Bahnhofs-
stelle der Porzellanarbeiter Mitterteichs erkennt an, daß die
Verhandlungskommission bei den letzten Lohnverhandlungen be-
müht war, einen Ausgleich für die nächsten Wochen durch die
Lohnfestlegung nach der Indexzahl zu schaffen. Das geeignete
Mittel, um zu wertbeständigen Löhnen zu gelangen, erblickt sie
aber darin, daß zuerst der Grundlohn von 1914 um den wirklichen
Index erhöht wird. Sie protestiert aufs schärfste gegen das Un-
ternehmertum, das für derartige Forderungen kein Verständnis
zu haben scheint. Sie fordert aber den Hauptvorstand auf, mit
allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Erreichung eines wirklich
wertbeständigen Lohnes zu wirken.“ Unter Punkt „Berichtsbene“
kam ein Fall bei der Firma Nieber zur Sprache. Ein dort be-
schäftigter Oberbrenner verlor liebevolle Annäherungen bei
seiner Arbeiterin, die selbst bei Anbittung von Geldern
auf die Güte dieses Mannes verzichtete. Widerpenigliche Kol-
legen sind nun den größten Schikanen ausgesetzt und eine junge
Kollegin erhielt kürzlich bei einem geringen Vorkommnis sogar
eine Strafe verhängt. Es dürfte wohl auf sein, diesen Herrn
bei Brügelien einmal durch den Staatsanwalt bekehren zu lassen,
wie weit seine Befugnisse gegenüber den Arbeiterinnen gehen.
Das Eigenartige an der ganzen Sache ist aber, daß die Direk-
tion, trotzdem sie von diesen Vorfällen weiß, nicht das geringste
dagegen unternimmt. Daran läßt sich wohl schließen, daß sie
derartige Vorgehensarten gern sieht. Etwas mehr Unstabsgefühl
und Gerechtigkeitsinn dürfte man von diesen gebildeten Herren
schon erwarten.

**Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stunden-
lohnes bezahlt werden! In der Woche vom
27. August bis 2. September ist der 35. Beitrag fällig.**

Dösch. Die Bahnhofsversammlung vom 7. August be-
faßte sich mit dem neuen Lohnabkommen, das uns die Entlohnung
nach dem Reichsindex gebracht hat. Der Vorsitzende gab
hierzu noch einige Erläuterungen. Das Hauptthema war der
„Offene Brief der Bahnhofsverwaltung“. Mit Genugtuung nahm
die Versammlung davon Kenntnis, daß sich schon mehrere Bahnhofs-
stellen unserem Vorgehen angeschlossen haben, ebenso von den
treuesten Ausführungen des Kollegen Fiebig, Berlin. Wir
sind der Überzeugung, daß auch noch andere Bahnhofsstellen unserer
Meinung sind, ihre Ansicht aber aus irgendeinem Grunde nicht
laut werden lassen. Dem Kollegen Gierich, Freiberg, der sich be-
ruhen fühlt, seine „Stimme der Vernunft“ ertönen zu lassen, sei
berühmt, daß wir sehr wohl wissen, wo wir unsere Gegner zu
suchen haben. Auf sein langatmiges und im Grunde nichts-
sagendes Geschreibsel können wir vielleicht später noch einmal
näher zurück. Wenn ihm der Raum für die Versammlungs-
berichte zu groß erscheint, um zu ersehen, was in anderen Bahnhofs-
stellen vorgeht, dann ist das ganze Verbandsorgan überflüssig.
Allerdings hätte Gierich dann keine Gelegenheit mehr, mit seinen
französischen Sprachkenntnissen zu glänzen. Dem Kollegen
Gierich, bei dem die Glossen des Redakteurs scharf schon viel
zu seiner „erzieherischen und geistigen Bildung“ beigetragen
haben, laden wir hiernit zwecks näherer Aussprache über das
neue Evangelium ein, einmal nach Dösch zu kommen. Ihm und
der Verbandsleitung, die hinter dem „D. Br.“ irgendwelche poli-
tische Beweggründe wittern, erklären wir, daß wir kein Interesse
haben, den Verband zu schädigen, sondern zu befestigen. Es
lebe die Einheitsfront, es lebe das revolutionäre Proletariat! —
Die Anmerkungen des Redakteurs bei Versammlungsberichten
fallen den Döschern „Größen“ aufeinander schwer auf die Nerven.
Das Verhalten der Verfasser des „Offenen Briefes“ hat jedoch
gezeigt, daß Anmerkungen des Redakteurs bei den Versammlungs-
berichten aus Dösch nicht nötig sind. (D. R.)

Rehan. Die gutbesuchte Bahnhofsversammlung vom
6. August befaßte sich mit dem Lohnabkommen vom 30. Juli,
wobei festgestellt wurde, daß mit 140 bzw. 145 Proz. Lohn-
erhöhung der Feuerung in keiner Weise Rechnung getragen
wurde; da in Zukunft der Lohnzuschlag nach dem Index erfolgt,
bleibt die Arbeiterkammer mit der Entlohnung immer mehr zurück.
Einem Antrag zufolge soll der Hauptvorstand beauftragt werden,
bei kommenden Lohnverhandlungen dahin zu wirken, daß der
Grundlohn der Feuerung angepaßt wird. Die Unternehmer in der
Porzellanindustrie sind durch ihre reichlichen Auslandsauf-
träge sehr gut in der Lage, höhere Löhne zahlen zu können. Auch
der Schiedsamt betr. Urlaub für Lehr-
linge ist entfallen entgegengekommen, denn gerade die jugend-
lichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die heute mehr denn je unter
den ungünstigen Feuerungsverhältnissen und der Auszubereitungs-
zeit die härtesten zu leiden haben, bedürfen dringend der
Erholung in Luft und Sonne. Wenn das Oberschiedsamt anders
entscheidet, so wäre nach Ansicht der Bahnhofsverwaltung das Reichs-
schiedsamt anzurufen, denn laut Gewerbeordnung sind
Lehrlinge Arbeiter, und gemäß unserem Tarifvertrag wurde
jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin Urlaub zugesichert (§ 38).
Kollege Stang gab in bezug auf Lehrlingsfragen den Beschluß
der Konferenz der Bahnhofsstellen Nordostböhmerland vom 5. August
bekannt. Die Bahnhofsversammlung ist sich diesen Forderungen ein-
stimmig an, jedoch wird erwartet, daß die seit bereits 2 Jahren
bestehende Kommission zur Regelung der Rechte für Lehrlinge
und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher nicht im
Tarif erfasst sind, ihre Arbeiten beginnt. Auch über Einhaltung
des Tarifs machte sich die Bahnhofsversammlung unterhalten, denn bei der
Firma J. Scherzer & Co. beabsichtigt man, bei einer Abteilung
der Malerei die Kalkulation so einzuführen, daß die Bezahlung
des Arbeitslohnes danach erfolgt, wie eben der Obermaler das
Raster abschätzt. Es tragen auch einige Kollegen Schuld an
diesem Mißstand, weil sie in den fraglichen Artikeln beschäftigt
waren und in der Personalversammlung fehlten, weil sie aus-
wärts wohnen und scheinbar nicht 2 Stunden für ihre eigenen
Interessen opfern konnten. Auch wird bei Neueinstellung von
Malern von der Firma eine vierzehntägige Probezeit verlangt,
was man bisher nur bei Lehrlingen gewohnt war. Es wurde
deshalb beschlossen, daß die Angelegenheit sobald als möglich

beseitigt werden muß und sollte es durch Inanspruchnahme des
Gauhschiedsamtes geschehen. Weiter sollen durch eine Note in der
„Ameise“ Arbeitssuchende aufmerksam gemacht werden, daß
sie vor Arbeitsantritt Erkundigungen über die Verhältnisse bei
der Bahnhofsverwaltung einholen. Wegen der in Bayern
herrschenden Zustände ist es dringend notwendig, daß ein Ver-
triebsrätekonferenz für Bayern einberufen wird. Die Versammlungs-
leitung legt Wert darauf, daß dieser möglichst bald einberufen wird.
Hierzu folgte der Bericht vom Ortsauschuss des VDBS und
diente dieser zur Kenntnisnahme. Gutgehehen wurde, daß dem
Vorstand des hiesigen Gewerbegerichts das Mitwirken aus-
gesprochen wurde, denn auch die hiesigen Porzellanarbeiter be-
sitzen kein Vertrauen mehr zu ihm. Nach einer Aussprache über
Ausnahmestunden und dessen Aufhebung, Lebensmittelkauf
durch auswärtige Käufer, Milchverforgung und Kartoffelbeschaf-
fung fand die sehr interessante Versammlung ihr Ende.

Waldsassen. Die am 10. August zu Waldsassen abgehaltenen
Bahnhofsversammlung erhebt Protest gegen die ungenügende
Festlegung der Wertbeständigkeit der Löhne in der Porzellan-
industrie, erkennt jedoch die Tätigkeit der Verhandlungskommis-
sion voll an. Sie verurteilt auf das schärfste das Verhalten
der Unternehmer in der Festlegung des Grundlohnes.
Die Festlegung des Grundlohnes bei der Errechnung der Wert-
beständigkeit muß auf der Grundlage erfolgen, daß der Vor-
kriegsindex plus Indexziffer zur Anwendung kommt. Gest
ist auch bei noch der Grundlohn nicht vollständig, da der Gesamt-
lebensbedarf vom Index nicht erfasst ist und die Vorkriegs-
indexlöhne zu niedrig waren. Auf diesem Wege fortzuarbeiten
und vorgenannten Ziele einen wirklichen Grundlohn zu
erreichen, muß die Aufgabe der Verhandlungskommission sein,
und sind wir bereit durch Beitragszahlung und Kampf bis zum
äußersten das größte Opfer für eine Verbesserung unserer Lage
zu bringen.

Tagesneuigkeiten.

Das Kohlenaufgeld betrug in der Woche vom 18. bis
24. August 96.800.000 Proz. (vorher 42.579.000 Proz.).

Literarisches.

Dr. Siegfried Kauer, ethnologische Geschichtstabellen von
1500 bis zur Gegenwart. Grundpreis 9 Mk. — Dr. Fritz
Wueffling, Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des
18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Grundpreis 7,50 Mk.
— Im Werden begriffen ist: Dr. Ludwig Marcuse, Die Welt
der Tragödie. Dr. Oskar Vium, Russische Köpfe. Dr. Theodor
Barth, Politische Porträts. Helge Karsberg, Mein Heimat-
buch. Olaf Kallastoff, Die Einöde. Jacob Paludan, Die neue
Welt. — Zu haben bei Franz Schöber, Verlag, Berlin SW. 11,
Dessauerstr. 10.

Adressenänderungen.

Schwarzenfeld. Kaver Riedl, Schwarzenfeld, Oberpfalz
Haus Nr. 50.
Beven. Georg Högemann, Beven, Nr. Bremen, Bremer-
straße 402.

Briefkasten.

Nach Hohenberg und Weiden. Landtagungen und ähnlich
Inserate können bei dem jetzt so beschränkten Umfang nicht mehr
aufgenommen werden. Die Redaktion der „Ameise“.

Quittungen.

Breslau. Für die freiwillige Sammlung von 1576.000 Mk.
für die streitenden Breslauer Figurenisten und Rhythomeu-
sagen wir den Kölner Kollegen unseren besten Dank. Es ist
um so höher einzuschätzen, da diese Sammlung aus eigenem Er-
meßen und ohne jede Aufforderung von unserer Seite geschehen
ist. Als Beispiel von Opferwilligkeit allen zur Lehre.
S. A.: Erich Fritsch.

Für unser krankes Mitglied Karl Muth gingen von
den Bahnhofsstellen folgende Gelder ein: Rupp 700; Passau, Staffel,
Tiefenfurt, Lunfeld, Schirnding, Orlamünde, Postschappel,
Rheinsberg, Schney, Frankfurt a. d. O., Neichenbach je 1000;
Köffen, Köpelsdorf, Esterwerda, Velden je 1500; Coburg,
Burgau, Neuselwitz, Farge, Brambach, Triptis, Althaldens-
leben, Mitterteich, Geringswalde, Mannheim, Ludwigsbürg,
Weißwasser, Blaue, Müdenberg, Köln-Braunsfeld, Goldsch. Subl.,
Hermisdorf je 2000; Thiersheim 2500; Hennigsdorf, Ober-
kohan, Margarethenhütte, Waldsassen, Weiden, Reichsh. b. Gera
je 3000; Krümlstadt 3500; Waldenburg 4000; Kahla, Fraureuth
Sonderhausen, Elmshorn, Marktredwitz, Marktzeuthen, Kloster-
Leibsdorf, Limbach, Bonn, Schorndorf, Selbstberg, Ober-
brun, Schönwald, Sorau, Walderhof, Magdeburg, Vordamm,
Rehan je 5000; Moschendorf, Pleindembach, Annaburg je
6000; Malerpersonal Bawaria, Allersdorf 7000; Arzberg 8000;
Teltow, Schwarzenbach a. d. S., Frickenberg, Gräfenthal,
Ecklerbach, Rodach, Pörschlamitz, Neuhaldensleben je 10.000
Mk. Summa 284.700 Mk. Im Namen der Bahnhofsstelle und
des kranken Kollegen allen Gebern besten Dank. Die Samm-
lung ist geschlossen.
S. A.: Carl Robst, Geschäftsf. f. Ilmenau u. Umg.

Arbeitsmarkt.

Gesucht für sofort (134/b)

flüchtige Terratottarefoucheure

für feine Terratotten.
Frei Hochendörfer, Kunstgewerbliche Anstalt, Osterode am Harz.

Wir suchen zum möglichst baldigen Antritt einen perfekten

Schleifer

für Porzellan- und Glasfabrikation in Thüringen. Offerten er-
beten unter Chiffre 135 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

für feine Malerei etablierte bekanntes Malermeisterwerk sud-
für feine Malerei etablierte bekanntes Malermeisterwerk erfa-
rene tüchtige

Maler

folwie einige

Handmaler

aus der Emaille- oder Porzellanbranche. Bewerbungen unter 136 a
an Invalidentarif Frankfurt a. Main.

Tüchtiger lebiger Porzellanfleifer
sucht dauernde Stellung. Offerten unter F. 118 an die Redak-
tion der „Ameise“ erbeten.

Porzellanmaler, lebig, sucht Stellung als Unter-
glatur- und Freihandmaler. Er ist auch in Landschaften und
im Spritzen bewandert. Gest. Angebote an die Redaktion der
„Ameise“ unter F. 117 erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten
Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger,
Charlottenburg, Wabestraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm
Herben, Charlottenburg, Wabestraße, Neubau.
Druck: E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabethufer 28/29.